

Süddeutsche Zeitung

Der Pakt der Könige wackelt

Belgien will Saudi-Arabiens Einfluss auf die Muslime im Land zurückdrängen - Regent Baudouin hatte dem Golfstaat einst freie Missionstätigkeit gewährt

THOMAS KIRCHNER

Brüssel - Angesichts der weiterhin bestehenden Gefahr durch islamistische Terroristen versucht Belgien, die Ausübung des Islam im eigenen Land stärker zu kontrollieren und vor allem den bedeutenden Einfluss Saudi-Arabiens auf die Muslime im Land zurückzudrängen. Die parlamentarische Kommission, die die Brüsseler Anschläge von 2016 untersucht, empfahl in dieser Woche, die Große Moschee der Hauptstadt im Park du Cinquantaire nicht länger vom Königreich am Golf finanzieren zu lassen. Zwar habe man keine Beweise, dass in Predigten oder Gesprächen in der Moschee direkt zu Gewalt aufgerufen werde, heißt es im Bericht der Kommission. Doch sei der Islam, der in der Moschee praktiziert werde, eindeutig wahhabitisch-salafistisch. Er polarisiere, könne entscheidend zur gewalttätigen Radikalisierung beitragen und stehe im Widerspruch zur Europäischen Menschenrechtskonvention und zur belgischen Verfassung. Vergangene Woche hatte die belgische Regierung verkündet, dass sie die Aufenthaltserlaubnis von Abdelhadi Sewif nicht verlängere, des Imams der Moschee. Der Ägypter sei ein radikaler Salafist, er stelle eine Gefahr für die Gesellschaft und die nationale Sicherheit dar, sagte der



Das Gebäude der Großen Moschee Brüssels wurde bereits 1880 errichtet - als Pavillon für die Weltausstellung. Seit 1969 wird hier gebetet.

FOTO: FRANCOIS LENOIR/REUTERS

Staatssekretär für Asyl und Migration, Theo Francken.

„Jeder weiß, dass es ein Problem gibt mit der Großen Moschee.“ Die Finanzierung der Moschee durch Saudi-Arabien, genauer: durch die vom Königreich kontrollierte Islamische Weltliga vereinbarten beide Länder 1969 in einer Konvention. Die Könige Baudouin und Faisal besiegelten ein Tauschgeschäft. Saudi-Arabien sollte billiges Öl liefern und durfte im Gegenzug nach Belieben seine wahhabitische Staatsreligion verbreiten. Dafür erhielt es im Park du Cinquantaire den orientalischen Pavillon, der für die Weltausstellung 1880 errichtet worden war.

Er wurde zur größten belgischen Moschee umgebaut, direkt neben den europäischen Institutionen. Saudi-Arabien finanziert auch viele andere Moscheen und Imame, es soll in den vergangenen Jahrzehnten Dutzende Milliarden Euro für Missionsarbeit in Europa ausgegeben haben. Belgische Politiker stören sich daran seit Langem. Geschehen ist wenig, auch weil Saudi-Arabien als guter Kunde der belgischen Waffenindustrie gilt.

Die Kommission fordert, dass belgische Muslime die Moschee kontrollieren sollten

Konkrete Vorwürfe etwa zu fragwürdigen Predigten Sewifs nannte die Kommission nicht. Der belgische Sicherheitsdienst warnte jedoch vor zwei Jahren, in der Moschee würden Nicht-Salafisten ausgegrenzt, was Radikalisierung befördern könne. Allerdings dienen Brüsseler Moscheen offenbar kaum als Rekrutierungsorte für Terroristen. „Die Anstiftung zum Dschihad und zur Radikalisierung findet nun in begrenzten und geschlossenen Kreisen und im Internet statt“, sagte Belgiens Justizminister Koen Geens. Derzeit würden acht Moscheen und 80 Personen wegen Verdachts auf Salafismus überwacht.

Die Imame der Brüsseler Moscheen werden in der Regel aus den nahöstlichen Ländern entsandt und sprechen selten eine der Landessprachen. Öffentlich äußern sie sich selten und betonen dann ihre Friedfertigkeit. Entsprechend wies Abdelhadi Sewif Franckens Vorwürfe zurück: „Sehe ich etwa aus wie ein Salafist? Haben Sie jemals gehört, dass ein Imam, der Beziehungen zur Al-Azhar-Universität in Kairo hat, Salafist geworden sei?“ Jene Universität, die ihn vor 13 Jahren nach Belgien geschickt habe, lehre Zusammenleben und Toleranz. Diese Ansicht verbreite er. Auch die saudi-arabische Botschaft in Brüssel erklärte, das Land habe nie eine radikale Institution in Belgien finanziert und verdamme jeglichen Terrorismus. Ziel der Behörden ist es, eine Art „belgischen Islam“ zu erhalten, der mit den nationalen Gesetzen und Wertvorstellungen vereinbar sein soll. In ihrem Bericht fordern die Parlamentarier die „Exekutive der belgischen Muslime“ auf, die Leitung der großen Moschee zu übernehmen. Dann könnte sie offiziell anerkannt und vom Staat sowie durch Beiträge Gläubiger finanziert werden.